

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

60. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. November 2001, 10:00 Uhr,  
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

in Vertretung von Renate Gröpel

in Vertretung von Holger Astrup

in Vertretung von Wolfgang Fuß

in Vertretung von Rainer Wiegard

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Wolfgang Kubicki (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005</b>	<b>5</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/1166	
<b>b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002 (Haushaltsbegleitgesetz 2002)</b>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1150	
<b>• Übersichten über die am 31. August 2001 unbesetzten Planstellen und Stellen</b>	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1405	
<b>• Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2002 - „Nachschiebeliste“</b>	
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1585	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes (Kirchensteueränderungsgesetz - KiStÄndG)</b>	<b>8</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1168	
<b>3. Bericht an den Finanzausschuss zur Personallage der Steuerverwaltung</b>	<b>9</b>
Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie und des Landesrechnungshofs Umdrucke 15/1445, 15/1586 und 15/1637	
<b>4. Tätigkeitsbericht 2001 des Unabhängigen Landeszentrums für den Daten- schutz Schleswig-Holstein</b>	<b>11</b>
Drucksache 15/870	
<b>5. Sachstandsbericht an den Finanzausschuss zur Umsetzung der Maßnahmen für eine effektivere Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs</b>	<b>12</b>
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 15/1412	

- 6. Entwicklung der ku- und kw-Vermerke des Haushalts 2001 im Haushaltsentwurf 2002** **13**  
Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/1581
- 7. Portfolioverfahren - Kredit- und Zinsmanagement** **14**  
Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs vom 14. November 2001  
Umdruck 15/1632
- 8. Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen (VV-Städtebauförderung 2001)** **15**  
Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 15/1582
- 9. Landeslaborkonzept** **16**  
Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten  
Umdruck 15/1584
- 10. Information/Kenntnisnahme** **17**  
Umdruck 15/1626 - Academia Baltica  
Umdruck 15/1631 - Über- und außerplanmäßige Ausgaben III/2001

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2001 bis 2005**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/1166

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Haushaltsplan 2002  
(Haushaltsbegleitgesetz 2002)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1150

**• Übersichten über die am 31. August 2001 unbesetzten Planstellen und Stellen**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/1405

**• Änderungsvorschläge der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2002  
- „Nachschiebeliste“**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/1585

Abg. Arp äußert, er halte die von der Landesregierung für die Veräußerung von Anteilen der Landesbank eingestellte Summe von 200 Millionen DM für abenteuerlich und die Wertermittlung auch vor dem Hintergrund für nicht nachvollziehbar, dass erst im September ein Gutachter mit der Wertfeststellung beauftragt worden sei.

M Möller bekräftigt die Absicht der Landesregierung, bis zu 5 % der Landesbankanteile zu veräußern und den Finanzausschuss noch vor Verabschiedung des Haushalts über den Kreis der Kaufinteressenten zu unterrichten. Der endgültige Kaufpreis werde erst nach dem Urteil

des Europäischen Gerichtshofs festgesetzt beziehungsweise nachgebessert. Auf eine Frage von Abg. Klinckhamer zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ räumt der Minister unter Hinweis auf Umdruck 15/1550 ein, das Land könne nicht alle vom Bund zur Verfügung gestellten GA-Mittel komplementär bedienen. Auf eine Frage von Abg. Heinold zur Förderung von LSE teilt er mit, nachdem eine Entnahme aus dem KIF von den kommunalen Landesverbänden mehrheitlich nicht akzeptiert werde, hätten die Kommunen angeboten, aus nicht abgeflossenen Mitteln für IT-Projekte 1 Million DM für die Kofinanzierung von LSE bereitzustellen, sodass die Finanzierung der „Altanträge“ gesichert sei; die entsprechende Erläuterung auf Seite 7/8 der Nachschiebeliste werde geändert und dem Finanzausschuss vorgelegt.

Auf eine Frage von Abg. Heinold zu Titel 05 08-533 21 - Leistungsentgelte an die GMSH - teilt St Döring mit, zusätzlich veranschlagt würden die Kosten für die Verwaltung von Mietverträgen, für die bisher die Ressorts zuständig gewesen seien. Die Beteiligung des Landes an dem in Niedersachsen beheimateten Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung - Titel 07 17-632 01 -, an dessen Finanzierung sich alle Bundesländer beteiligten, solle fortgeführt werden.

Abg. Heinold bittet die Landesregierung um Erläuterung zur Änderung der Haushaltsansätze bei Titel 06 02-681 03 - Zuwendungen nach dem Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung - und Titel 07 40-684 01 - Zuwendungen an deutsch-ausländische Kultureinrichtungen (Kürzung des Zuschusses für das Kennedy-Haus in Kiel).

Der Finanzausschuss bittet das Kultusministerium, in Sachen Förderung der Friedrich-Naumann-Stiftung aktiv zu werden und im Gespräch mit der Stiftung zu klären, wie die Förderung im Detail aussehen könne (siehe Umdruck 15/1633).

Auf eine Frage von Abg. Arp zur Bezuschussung der Waldorfschulen bestätigt M Möller, dass in der Nachschiebeliste gegenüber dem Haushaltsentwurf hinsichtlich der Kostendeckelung keine Veränderung vorgenommen worden sei.

Betreffend Einzelplan 06 bittet Abg. Neugebauer die Landesregierung, den Haushaltsansatz bei Titel 06 02-686 19 - An Organisationen der Wirtschaft und Sonstige für nicht investive Maßnahmen - zu erläutern und die Umsetzung von Titel 671 01 - Kostenbeiträge für Luftaufsicht und betriebliche Luftsicherheit - aus Kapitel 06 08 in Kapitel 06 04 zu begründen.

Abg. Arp bittet die Landesregierung um schriftliche Beantwortung der in Umdruck 15/1656 von der CDU-Fraktion gestellten Fragen zum Thema innere Sicherheit.

Auf eine Frage von Abg. Neugebauer zu Titel 12 09-712 04 - Weitere Maßnahmen zu einer Abschiebehaf in Rendsburg - begründet St Döring die Mehrkosten mit der „unabweisbaren“ Erneuerung der Deckenkonstruktion der Haftanstalt.

Abg. Spoorendonk bittet die Landesregierung, bei Titel 09 09-684 21 - Zuschuss an den Landesjugendring Schleswig-Holstein - die Aufstockung des Ansatzes und die Grundlagen der Änderung der Förderrichtlinien schriftlich zu erläutern.

Abg. Heinold bittet darum, zukünftig auch in der Nachschiebeliste am Ende eines Kapitels die Summe der Ausgaben des Kapitels auszuweisen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes  
(Kirchensteueränderungsgesetz - KiStÄndG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/1168

hierzu: Umdrucke 15/1477, 15/1558, 15/1603, 15/1604, 15/1624, 15/1629

(überwiesen am 28. September 2001 an den Bildungsausschuss, den Finanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss vertagt die Beratung und Beschlussfassung über den Gesetzentwurf auf die nächste Sitzung.

Die Abgeordneten Heinold und Neugebauer geben ihrer Hoffnung Ausdruck, den Gesetzentwurf mit möglichst großer Mehrheit in der Dezember-Tagung des Landtages zu verabschieden.

Abg. Arp signalisiert für die CDU-Fraktion in der Sache Zustimmung zu dem Gesetz, bemängelt aber das Verfahren, mit dem die Bildungsministerin das Parlament unter Zeitdruck gesetzt habe.



Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Bericht an den Finanzausschuss zur Personallage der Steuerverwaltung**

Vorlagen des Ministeriums für Finanzen und Energie und des Landesrechnungshofs

Umdrucke 15/1445, 15/1586 und 15/1637

M Möller berichtet über die Personallage der Finanzverwaltung, Umdruck 15/1445, die nach wie vor nicht ausreichend sei.

VP Qualen trägt die Stellungnahme des Landesrechnungshofs zur Personalsituation in der Steuerverwaltung vor, Umdruck 15/1637. Während der Rechnungshof in der Einschätzung der Lage mit der Landesregierung weitgehend übereinstimme, halte er die vom Finanzministerium ergriffenen Maßnahmen für nicht ausreichend.

Abg. Arp macht darauf aufmerksam, dass die Personalengpässe in der Steuerverwaltung auch zu Steuerungerechtigkeiten führten, und hält der Landesregierung vor, in der Vergangenheit nicht genug Personal ausgebildet zu haben, das in den nächsten Jahren nur schwer zu gewinnen sein werde.

M Möller räumt ein, dass man die Personalsituation quantitativ und qualitativ verbessern müsse durch Maßnahmen wie Aufstockung von Teilzeitbeschäftigungen und Abbau von Beurlaubungen, Fortschreiben des Niveaus der Anwärterquote von 60 Stellen im mittleren Dienst und 55 Stellen im gehobenen Dienst, Streichung beziehungsweise Umwandlung von kw-Vermerken, Verlagerung von Beschäftigten der Landesbezirkskassen in die Steuerverwaltung, Stärkung der Betriebs- und Außensteuerprüfung.

Abg. Heinold weist darauf hin, dass der Rechnungshof auf der einen Seite vehement die Haushaltssituation kritisiere, auf der anderen Seite aber wie im Lehrerbereich so auch in der Steuerverwaltung erheblich mehr Personal und damit Mehrausgaben in Millionenhöhe fordere.

Abg. Neugebauer hält es zur Verbesserung der Personalsituation der Steuerverwaltung mit Blick auf die Steuergerechtigkeit für notwendig, zusätzliche Ausbildungsstellen im gehobenen und mittleren Dienst zu schaffen und bestehende kw-Vermerke umzuwandeln oder zu streichen.

Abg. Steincke signalisiert seitens der CDU-Fraktion Zustimmung zu den Maßnahmen zur Verbesserung der Personallage der Steuerverwaltung, legt allerdings Wert darauf, „für die von den SPD-geführten Landesregierungen zu verantwortenden Versäumnisse der Vergangenheit nicht in Mithaftung genommen zu werden“.

VP Qualen bekennt sich zu den vom Rechnungshof geforderten Personalaufstockungen im Lehrer- und Steuerbereich und macht darauf aufmerksam, dass der Rechnungshof Einsparmöglichkeiten bei Personalkosten an anderer Stelle sehe, die insgesamt zu einer Rückführung der Personalkosten des Landes führen würden.

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Tätigkeitsbericht 2001 des Unabhängigen Landeszentrums für den Datenschutz Schleswig-Holstein**

Drucksache 15/870

(überwiesen am 30. Mai 2001 an den Innen- und Rechtsausschuss und an alle übrigen Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Abg. Neugebauer bemerkt, man unterstütze die Neuorganisation der Steuerverwaltung und teile die Bedenken des ULD in Ziffer 4.9.1 - Steuergeheimnis - nicht (Seite 72/73 des Tätigkeitsberichts).

Der Ausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht 2001 des ULD abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Sachstandsbericht an den Finanzausschuss zur Umsetzung der Maßnahmen für eine effektivere Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie  
Umdruck 15/1412

Eine Frage von Abg. Neugebauer beantwortet M Möller dahin, er gehe davon aus, dass das Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz nach Anrufung des Vermittlungsausschusses zum 1. Januar 2002 in leicht geänderter Form in Kraft treten werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Finanzministeriums zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Entwicklung der ku- und kw-Vermerke des Haushalts 2001 im Haushaltsentwurf 2002**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 15/1581

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Portfolioverfahren - Kredit- und Zinsmanagement**

Schreiben des Präsidenten des Landesrechnungshofs vom 14. November 2001  
Umdruck 15/1632

Der Finanzausschuss begrüßt, dass es zu einer Einigung zwischen Finanzministerium und Landesrechnungshof gekommen ist, und nimmt die Vorlage zustimmend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Artikel 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen  
(VV-Städtebauförderung 2001)**

Vorlage des Innenministeriums  
Umdruck 15/1582

Abg. Steincke begrüßt die Städtebauförderungsmaßnahmen und bittet die Landesregierung um eine Einschätzung, in welcher Größenordnung in den nächsten Jahren Mittel für die Programme fließen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

### **Landeslaborkonzept**

Vorlage des Ministeriums für Umwelt, Natur und Forsten  
Umdruck 15/1584

St Berg stellt das Landeslaborkonzept vor, Umdruck 15/1584.

VP Qualen teilt mit, dass der Rechnungshof über einzelne technische Fragen des Konzepts noch mit dem Umweltministerium im Gespräch stehe.

Abg. Neugebauer thematisiert die Verlagerung der Außenstelle Lübeck des LVUA nach Neumünster und die vom Umweltministerium im Haushaltsplan 2002 eingestellten Gutachterkosten von 50.000 € für die Einführung der doppelten Buchführung und der KLR.

St Berg entgegnet, eine Versetzung der in Lübeck tätigen Mitarbeiter und vor allem Mitarbeiterinnen nach Neumünster sei aus sozialen, tariflichen und arbeitsrechtlichen Gründen kurzfristig weder machbar noch zumutbar, sondern werde im Wege der Personalfluktuations längerfristig umgesetzt. Bei der Umstellung der kameralistischen Haushaltsführung auf kaufmännische Buchführung und KLR sei man auf externe Beratung angewiesen, um den steuerrechtlichen Vorschriften des HGB zu entsprechen und den betriebswirtschaftlich geführten Landesbetrieb zum Erfolg zu führen.

Die Vorsitzende und Abg. Neugebauer sprechen sich dafür aus, bei der Neubesetzung von Stellen vorrangig Personal mit kaufmännischem Know-how einzustellen, Beschäftigte im kaufmännischen Bereich weiterzubilden und auf die Erfahrungen anderer Landesbetriebe zurückzugreifen.

Der Ausschuss nimmt das Konzept zur Kenntnis und bittet den Rechnungshof und die Landesregierung, das Thema von sich aus im Ausschuss zur Sprache zu bringen, sollten Rechnungshof und Umweltministerium kein endgültiges Einvernehmen erzielen.



Punkt 10 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

Abg. Arp möchte wissen, wie und wofür die vom Landtag entsperren 200.000 DM für die **Academia Baltica** - Umdruck 15/1626 - verwendet würden.

Der Ausschuss nimmt die Satzung und das Programm der Academia Baltica, Umdruck 15/1626, sowie die Vorlage des Finanzministeriums betr. über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das III. Vierteljahr des Haushaltsjahres 2001, Umdruck 15/1631, zur Kenntnis.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Ursula Kähler

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer